

(A) **Vizepräsident Fräßdorf:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brodauf.

Abgeordneter Brodauf: Meine Herren! Wir behandeln heute in unserer Kammer zum zweitenmal während des Krieges die Frage der Zensur. Gestreift worden ist sie wohl auch sonst bei Debatten, zweimal aber hat sie den Gegenstand eines Antrages bzw. einer Interpellation gebildet. Heute sehen wir insofern eine veränderte Stellung der Regierung, als sie nicht wieder die unglaubliche Haltung über diese Frage eingenommen hat wie vor zwei Jahren, wo die Herren Minister sich aus dem Saale entfernten, nachdem durch den Herrn Kriegsminister die Erklärung abgegeben worden war, die kommandierenden Generäle, die diese Verfügungen erließen, seien alle allein dem Kaiser verantwortlich. Daß diese Stellung der Regierung in einem konstitutionellen Rechtsstaate unhaltbar ist, davon scheint sich die Regierung inzwischen überzeugt zu haben, wie ihre heutige Anwesenheit beweist.

Im Reichstage konnte jetzt die Zensur, dieses mißratene Kind des Krieges, ein Jubiläum feiern. Vorige Woche war bereits zum 25. Male eine Debatte über dieses Produkt von Angst und Mißtrauen im Reichstag. Das Bild, das dort aufgerollt worden ist, ist durchaus betrüblich gewesen. Dr. Müller (Meiningen), den die Vaterlandspartei für sich reklamiert, der sich aber aufs entschiedenste dagegen verwahrt hat, dazu gezählt zu werden, und völlig auf dem Boden der Friedensresolution des Reichstags steht, wie ich gegenüber den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Dr. Böhme und Vizepräsidenten Dr. Spieß bei dieser Gelegenheit nochmals feststellen will, hat sicher nicht übertrieben, wenn er — ich darf wohl zitieren — im Reichstag bei dieser Debatte gesagt hat: „Die Rechtszustände in ihrer Zerrissenheit erinnern an die schlechtesten Zeiten des alten römischen Reiches deutscher Nation.“

(Sehr richtig! links.)

Es zeigt sich auf dem Gebiete der Zensur wieder das traurige Bild der Zerfahrenheit, das ich vorige Woche bei einem anderen Anlaß beleuchtet habe, ein Bild des Neben- und Durcheinanderregierens. Alle Kritik hat nichts genützt, die Reichsregierung hat zum soundsovielten Male die Mißstände anerkannt und Abhilfe zugesagt, aber aus der Abhilfe ist nichts geworden. Die nachgeordneten Stellen ignorieren oft nur die höhergeordneten, und die militärischen Stellen ignorieren die Beschlüsse des Reichstags. Das ist ja bei der bekannten Stellungnahme mancher Militärs zu der Einrichtung der Volksvertretung nicht weiter zu verwundern. Es muß aber befremden, daß bei uns sogar von militärischen Stellen die Zusagen

ignoriert werden, die die Reichsregierung dem Reichstag gegeben hat.

Man muß feststellen, daß die Zensur im allgemeinen die alldeutsche Heze begünstigt und diejenigen, die gegen diese Heze auftreten, den Reichstag und seine Mehrheit verteidigen, in dieser Verteidigung beschränkt. Der Kampf gegen den Reichstag wird sogar gefördert. Es ist Tatsache, daß ein Major vom Kriegspresseamt, Major Olberg, ein Schützengrabenbüchlein für das deutsche Volk herausgegeben hat, das massenhaft an der Front verbreitet wird, in dem frivoler Weise behauptet wird, kurzfristige Sparsamkeit, doktrinaire Halsstarrigkeit hätten zur Verlängerung des Krieges geführt. Das wird vom Reichstag behauptet.

(Hört, hört!)

Ich frage beim Kriegsministerium an, ob es Kenntnis hat, daß dieses verleumderische Buch auch innerhalb des sächsischen Kontingentes an der Front verbreitet worden ist, und ob es gewillt ist, diese halbamtliche innerpolitische Brunnenvergiftung zu unterbinden.

Die Aufklärung unserer Soldaten draußen ist als eine der wichtigsten Aufgaben vom preußischen Kriegsminister bezeichnet worden. Da wird man dem Herrn Kriegsminister nicht entgegentreten, solange diese Aufklärung eine objektive ist.

(Sehr richtig! links.)

Die Aufklärung erfolgt aber nicht im Rahmen einer objektiven Tätigkeit. Wenn die Aufklärung objektiv gehandhabt werden soll, dann muß amtlich auch solchen Verleumdungen entgegentreten werden. Eine der Behauptungen ist die, daß der Reichstag verantwortlich sei, für den Rückzug an der Marne, weil er die Dienstpflicht der Ersatzreserve beseitigt habe, weil er der Reichsleitung Munition und Kriegsrüstung verweigert habe. Beides Unwahrheiten größter Art! Die Dienstpflicht der Ersatzreserve ist weggefallen, weil der damalige preußische Kriegsminister selbst keinen Wert darauf legte,

(Sehr richtig!)

Mannschaften für eine nur ganz kurze Ausbildungszeit einzustellen. Der Reichstag hat im Gegenteil die weitere Ausbildung der Ersatzreserve gewünscht. Es ist nicht ein einziger Fall zu verzeichnen, daß Munition verweigert worden wäre.

(Abgeordneter Günther: Im Gegenteil!)

Die Vorwürfe, die gegen den Reichstag gerichtet werden, treffen auch die Reichsleitung. Aber ernstlich wird auch